Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 37 — Olpe, Mittwoch, den 13. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Die Goldnotenbank.

Die Reparationsfrage.

Der französische Ruf nach Gewalt gegen Deutschland.

Der Abbau der Separatisten.

Die Reichsbank schreitet gegen Devisenspekulanten ein.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Verhandlungen mit den Sachverständigen.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 13. Febr. (Drahtbericht.)

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat sich über seine

Besprechungen mit den Sachverständigen

dahin geäußert, daß diese sich **in den angenehmsten Formen** entwickelt hatten und daß den **Mitgliedern** der Ausschüsse **großer sachlicher Ernst** und eine **unermüdliche Arbeitskraft, wie der dringendste Wunsch nach einer endgültigen Lösung der Aufgaben** nachgerühmt werden müsse.

Diese Aufgabe war, die deutsche Währung einer endgültigen Sanierung zuzuführen.

Er selbst habe immer die **Errichtung einer Goldnotenbank** im Auge gehabt, welche das totliegende **Devisenkapital für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft nutzbar machen** sollte. Eine solche Bank sollte **nicht eine Währungsbank** sein. Allerdings sollte diese Bank **Noten ausgeben**, um dadurch Devisen oder Goldbereichnungen für die Banken wieder einzuführen. Die **Sachverständigen** waren in der definitiven Lösung **ebenfalls auf dem Wege zu jener Bank. Alles in Deutschland umlaufende Geld soll auf eine einzige Goldbasis vereinigt werden. Sicherheiten, welche die Unabhängigkeit der Bank von politischen Einflüssen des In- und Auslandes gewährleisteten, seien ins Auge** gefaßt worden, soweit sie den technischen Aufgaben des Reparationsproblems dienstbar gemacht werden sollen, werde diese definitive **Währungsbank des Exports** eine Hilfe von außen nicht entbehren können. Die Sachverständigen hoffen, daß die Reparationskommission in wenigen Wochen die Zustimmung der beteiligten zuständigen Regierungen zur Durchführung dieses Planes erlangen können. Wenn diese nicht möglich werde, haben die Sachverständigen volles Verständnis dafür gezeigt, daß der Plan einer Goldnotenbank weitergeführt werde, sodaß der Plan einer endgültigen Währungsbank nicht verhindert werde.

Schacht's Sicherung der Goldnotenbank.

() **Köln**, 12. Febr. Der Berichterstatter der K. Z. meldet aus Paris: Wie der Berliner Berichterstatter des Echo de Paris meldet, wird **Reichsbankpräsident** Dr. Schacht am 19. Februar in Paris sein, um mit den Sachverständigenausschüssen zu verhandeln. Vorher werde er sich nach London, Amsterdam und vielleicht auch nach Berg begeben, um Kreditmöglichkeiten zu prüfen.

Nach demselben Berichterstatter beabsichtigt Dr. Schacht die neue Goldnotenbank zu sichern.

1. durch die 450 Millionen Goldmarkreserve der Reichsbank,
2. durch eine ausländische Beteiligung in Gold und Devisen,
3. durch den Ertrag einer kurzfristigen Anleihe, um den Rückkauf des in Umlauf befindlichen Geldes zu ermöglichen.

Der Sitz der neuen Bank sei in Deutschland, die Ausgabe der Banknoten jedoch würde durch eine Zweigstelle übernommen, die in der Schweiz oder in Holland errichtet werde. Der Aufsichtsrat werde aus Deutschen und Vertretern der Mächte gebildet, die sich geldlich an der Bank beteiligen. Dem Aufsichtsrat werde das Recht eingeräumt, die Interessen der ausländischen Geldgeber in nützlicher Weise zu vertreten. Bei Gründung der Bank sollen die Reichsbank und die Rentenmark in dieser aufgehen.

Der italienische Sachverständige über die deutsche Goldnotenbank.

() **Rom**, 12. Febr. Das italienische Mitglied der Sachverständigenkommission Flora äußerte sich über den Plan für die deutsche Goldnotenbank. Danach soll die Bank je zur Hälfte mit deutschem und fremdem Kapital gegründet werden. Der Sitz der Bank wird in Deutschland, und der Präsident der Bank ein Deutscher sei, dem ein ausländischer Sachverständiger beigegeben wird. Die Bank soll in kurzer Frist die Rentenbank und später auch die Reichsbank ablorbieren. Die Errichtung der Bank soll in drei Monaten vollzogen sein. Die Reserven werden in der Schweiz hinterlegt werden. Wie der Delegierte weiter äußerte, hat bei den Sachverständigen der Eindruck vorgeherrscht, daß Deutschland in voller Ehrlichkeit handele.

Die deutsche Goldnotenbank und das ausländische Kapital

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Nachdem der Reichsbankpräsident Dr. Schacht sein Einverständnis mit den von den internationalen Sachverständigen entwickelten Plan der Schaffung einer **Goldnotenbank erklärt hat, werden nun die eine Zeit lang ins Stocken gekommenen Verhandlungen über die Beteiligung ausländischer Kapitalien** an einer solchen Bank wieder aufgenommen. Die ausländischen Geldgeber in Holland, in der Schweiz, in Amerika und England haben ihre prinzipielle Bereitschaft zu einer solchen Beteiligung erneut dem Reichsbankpräsidenten erklärt, wollten aber ihre endgültigen Entschließungen von dem Ergebnis der Untersuchungen der Sachverständigen abhängig machen. Da nun die Sachverständigen sich für die möglichst baldige Errichtung einer Goldnotenbank ausgesprochen haben geben sie die **Möglichkeit** einer alsbaldigen Durchführung einer **Währungsgesundung in Deutschland** dokumentarisch zu. Wenn sie zu gleicher Zeit fordern, daß Deutschland mit der Schaffung der endgültigen Goldnote alle Zwischenwährungen also vor allem die Papiermark, aber auch die Rentenmark, zum Einzug bringt, so bekunden sie mit dieser Auffassung ebenfalls, daß sie es durchaus für möglich erachten, daß Deutschland angesichts seiner gegenwärtigen, durch die Stabilität bedingte Wirtschaftslage im stande ist, schon jetzt eine voll in Gold gedeckte Note auszugeben. Diese Auffassungen der Sachverständigen bilden ausgezeichnete Anhaltspunkte für die ausländischen Geldgeber, die auf dieser Basis nunmehr die Frage ihrer Beteiligung an einer solchen Bank wesentlich freier und unbehinderter prüfen und entscheiden können. Der Reichsbankpräsident hat sofort die Verhandlungen wieder aufgenommen und in den nächsten Tagen schon werden wichtige Beratungen mit den ausländischen Geldgebern stattfinden.

Die Vertreter der deutschen Wirtschaft bei den Sachverständigen.

Berlin, 12. Febr. (Privatdrahtnachricht.) Vor dem ersten Sachverständigenausschuß war gestern der erste Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, **Freiherr von Wangenheim** erschienen. Er legte den Blättern zufolge ausführlich die Lage der deutschen Landwirtschaft dar und führte aus, daß die Kreditfähigkeit der Landwirtschaft durch die ungeheure Belastung durch Steuern ziemlich schlecht und daß die Depositen der Landwirtschaft durch die ungeheure Geldentwertung verschwunden seien. Die ganze Kreditbeschaffung für die Landwirtschaft falle auf die Reichsbank, die dieser Aufgabe nicht gewachsen ist. Am Nachmittag wird der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen **Gewerkschaftsbundes**, Graßmann von dem Sachverständigenkomitee gehört. Für heute sind als Vertreter der Industrie Herr von Siemens und als Vertreter der Banken, Bankier von Mendelssohn geladen.

WTB Berlin, 12. Februar.

In der von 10.30 bis 2 Uhr dauernden Sitzung wurden heute die **deutschen Sachverständigen** von **Siemens** für die Industrie und von **Mendelssohn** für die Banken gehört. Der **Unterausschuß für Währungsfragen** wird morgen vormittag zu einer **letzten Sitzung zusammentreten.** Außerdem beabsichtigt der Vorsitzende des Ausschusses **dem Reichskanzler den Abschiedsgesuch abzustatten.** Am Montag, 18. 2. 24, beginnen neue Sitzungen des Ausschusses in Paris.

Der Petit Parisien zu den Beschlüssen der 1. Sachverständigenkommission.

WTB Paris, 13. Febr. (Drahtbericht.)

Der Berliner Mitarbeiter des Petit Parisien schreibt zu den Beschlüssen des 1. Sachverständigenausschusses, wie sie in dessen offiziellem Kommunique formuliert wurden. **Dr. Schacht sei dreierlei gebeten: 1. Die Kreditpolitik der Reichsbank gegenüber der Privatwirtschaft zu ändern, 2. den Zinssatz der Reichsbank auf mindestens 15 Prozent heraufzusetzen,** was dazu beitragen würde, die noch im Auslande befindlichen Kapitalien heranzuziehen und **3. schleunigst eine Goldnotenbank zu errichten,** die in ihrer Weise die Gewährung von Krediten regelt und die die Rückzahlung von Goldwerten sichert, um auf diese Weise eine Gefährdung der Rentenbank auszuschließen.

Der Matin über die Arbeit der Sachverständigen-Kommission.

WTB Paris, 12. Febr. Der Matin veröffentlicht an der Spitze des Blattes einen offenbar von einer hohen Regierungsstelle beeinflußten Artikel über die Arbeit der Sachverständigenausschüsse. Es handle sich darum, zu wissen, ob die Sachverständigenausschüsse ein Programm ausarbeiten würden, das Frankreich gestatten werde, ohne etwas von den französischen Interessen aufzugeben, **nicht mehr das Industriegebiet von dem übrigen Deutschland zu trennen. Weiter müsse festgestellt werden, ob ein Regime eingerichtet werden könne, das Frankreich Sicherheit gewährt und am Rhein anstelle der von Frankreich vorgesehenen Besatzung treten könne.** Das Blatt erinnert daran, daß zwar die Einkünfte aus dem Rhein- und Ruhrgebiet beträchtlich seien, daß aber davon 493 Millionen Goldmark für die Besatzung und für die Besetzung des Ruhrgebiets abzuziehen seien. Der Rest müsse unter den Alliierten unter Berücksichtigung des Vorrechts verteilt werden. Die **Finanzen Frankreichs machten es notwendig, für größere Einnahmen Sorge zu tragen.** Wenn die Sachverständigen von Berlin zurückkehren würden, so würden sie ohne Zweifel vorschlagen, daß **sämtliche deutschen Eisenbahnen unter die Kontrolle einer internationalen Gesellschaft gebracht würden,** um als Pfand für eine Anleihe zu dienen. Sie würden **die Hand auf die Zolleinnahmen** legen und fordern, daß das **Budget durch eine Verminderung der Ausgaben und Erhöhung der Steuern ausgeglichen** werde. Der Bericht müsse studiert werden, und zwar durch den Wiederherstellungsausschuß, um einen allgemeinen Plan auf Grund der Tätigkeit der Sachverständigen auszuarbeiten.

Andererseits müsse die Frage erörtert werden, welches Regime für **die Sicherheit Frankreichs geeignet** erscheint. Auch helfe hier ein maßgebendes Organ, nämlich das interalliierte Militärkomitee unter General Foch. In zwei bis drei Monaten werde die französische Regierung wissen, was die Zahlungen Deutschlands und die Kreditoperationen einbringen könnten und was die militärischen Sachverständigen von einer interalliierten Defensiv-Organisation unter der Kontrolle des Völkerbundes dächten. Frankreich sei umso leichter versucht, ein Einverständnis zu erzielen, als es das kostbare Pfand des Ruhrgebiets in Händen habe. Es könne den Mächten sagen: wenn die Besatzung euch hindert und der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederbelebung Europas ein Hemmschuh zu sein scheint, könntet ihr sie einschränken und beispielsweise damit beginnen, das Zollregime aufzuheben unter der Bedingung, daß die Zahlungen durch ein internationales Konsortium garantiert werden. In defensiver Hinsicht könne man sogar genaue Bedingungen gegen jede Aenderung des Besatzungsregimes formulieren. Die französisch-belgische Eisenbahnregie sei eine Garantie militärischer Art und ein Faustpfand. Wenn alle Einnahmen Deutschlands kontrolliert und durch ein internationales Komitee geleitet würden, dem auch Frankreich und Belgien angehörten, und wenn ihre ganzen Einnahmen als Pfand dienten, hätten die regionalen Pfänder nicht mehr den gleichen Sinn. Die Kontrakte mit den Industriellen seien unerläßlich bis zu dem Augenblick, in dem Kontrakte geschlossen würden, deren Ausführung von den deutschen Industriellen garantiert würden.

W Ablehnung der französischen Anregung durch England.

Diese neue von Frankreich angeregte Schaffung einer internalliierten Organisation über den Völkerbund zur Sicherheit für Frankreich, findet aber bei England wenig Gegenliebe, denn, wie uns ein Telegramm aus London meldet, sagt dem diplomatischen Berichterstattera des Daily Telegraph zufolge die **französische Anregung zur Schaffung einer interalliierten Organisation über den Völkerbund zwecks Herstellung einer Sicherheit für Frankreich den britischen ministeriellen Kreisen nicht zu.** Dies ist nach den trüben Erfahrungen, die England und die ganze Welt mit der Reparationskommission machte, auch leicht verständlich, denn mit dieser neuen Organisation, in der natürlich Frankreich wie auch in der Reparationskommission das Uebergewicht hätte, würde Frankreich sich nur ein neues Instrument für seine Machtpolitik schaffen, mittels dessen es seine Machtpläne gegen Deutschland, die es jetzt wohl oder übel doch in mancher Beziehung gescheitert sieht, wieder aufnehmen könnte.

Unbelehrbar.

Der alte französische Ruf nach Gewalt gegen Deutschland.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 13. Febr. (Drahtnachricht.)

Ueber das deutsch-französische Problem schreibt Echo de Paris:

In Deutschland gebe man sich den Anschein, zu glauben, daß die Sachverständigen einzig und allein die Pflicht hätten, die deutsche Wirtschaft wiederherzustellen. Reichskanzler **Marx** bezeichnete die Räumung des Ruhrgebiets und ein dreijähriges Moratorium als unerläßlich für die Wiederherstellung. Der Industrielle **Fritz Thyssen**, der nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten urteile, (vergl. die kürzlich von uns gebrachten ausführlichen Mitteilungen darüber), **sage im ganzen genommen dasselbe**, er betone **die Kapitalnot der deutschen Industrie.** Um ihr Kapital zu verschaffen, müßten nach seiner Meinung **die Bedingungen der Micumverträge gelockert** werden. Wenn sie erst wieder im Stande sei, Kredite zu erhalten, um in vollem Umfange zu arbeiten, werde sie nach einer gewissen Atempause ihren Anteil an den Lasten übernehmen. Zum Unglück habe man jedoch bei der Besetzung des Ruhrgebiets bemerkt, daß die deutsche Industrie voll beschäftigt war. **Daß die deutsche Erzeugung durch Frankreich behindert werde, sei klar,** aber man wisse auch, daß ohne den französischen Zwang die deutsche Erzeugung Frankreich nichts einbringen würde. **Die Kardinalfrage sei, wie man die Deutschen zwingen könne, etwas für die Wiederherstellung einzubringen.** Man könne die Frage drehen und wenden wie man wolle, **man komme immer wieder zu der Notwendigkeit entweder Gewalt anzuwenden oder aber auf die Wiederherstellung zu verzichten.** Wenn Frankreich und England wirklich einig seien, könnte ein Mittelweg eingeschlagen werden, aber darüber wisse man noch nichts.

* Französische Blätter sollten bei der Wirtschaftslage Frankreichs nach einem Jahre Ruhrbesetzung bei dem jetzigen Kurse des Franken doch eigentlich einsehen, daß der Sieg der Militärmacht über das wehrlose Deutschland dem französischen Sieger doch zunächst nur Kosten und eine tolle Wirtschaftskrise gebracht. Sie sollten doch einsehen, daß der Zwang nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich zugrunde richtet, daß Deutschland, wenn es für Frankreich die milchgebende Kuh sein soll, auch Futter und Lebensmöglichkeiten haben muß, daß man ihm das Futter nicht nehmen darf, daß man, will man noch Milch bekommen, es nicht schlachten darf. Es ist zu bedauern, daß der Chauvinismus in vielen französischen Köpfen noch nicht der Vernunft weicht. Diese französische Pressäußerung zeigt aber, daß eine für Deutschland mögliche Verständigung mit Frankreich doch noch sehr schwere Nüsse zu knacken gibt. Und trotzdem muß sie in beiderseitigem Interesse, soll nicht Europa zu Grunde gehen, kommen. Wir hoffen, daß England dabei wesentliche Dienste uns tut, daß die Arbeiten der Sachverständigen hierfür förderlich sind. Aber, darüber müssen wir uns klar sein, schwere Opfer müssen wir dabei bringen.. Dazu sind wir auch bereit, wenn wir nur des Reiches Einheit, des Reiches Ehre und des deutschen Volkes Lebensmöglichkeit gesichert sehen. Die aber können wir nie aufgeben.

Englische Hoffnung auf französische Vernunft

WTB London, 12. Febr. (Drahtbericht.)

In dem Artikel der **Times** zur bevorstehenden Eröffnungsrede Macdonalds im Unterhaus heißt es, es **könne** sein, daß die **zunehmenden finanziellen Besorgnisse Frankreichs eine für die vernünftige Erörterung einer allgemeinen Lösung der europäischen Probleme in finanzieller Hinsicht günstige Atmosphäre schaffen würde.**

* Wenn wir diese Hoffnung der Times auch gern teilten, so sprechen doch Aeußerungen, wie sie des Echo de Paris heute noch brachte, die von uns an anderer Stelle wiedergegeben sind, sehr dagegen, daß die wirtschaftliche Vernunft in Frankreich schon gesiegt hat. Wir glauben in dieser Beziehung heute noch keinem allzugroßen Optimismus vertreten zu können, wenn wir auch wohl wissen, daß auch allmählich in französischen Köpfen die wirtschaftliche Not den chauvinistischen Nebel durchdringt. Das Wort Dr. Wirths, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Siegerstaaten zur Einsicht und zur Umkehr in ihrer Politik zwingen würden, hat sich bis jetzt als wahr bewiesen und über kurz oder lang wird Frankreich sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten auch beugen müssen. Und schließlich wird Frankreich auch dem Rechnung tragen müssen.

Der Abbau der Separatisten

WTB Rülzten, 12. Febr. **Die Separatisten sind abgezogen. Ihre Fahne ist heruntergeholt worden.**

WTB Pirmasens, 12. Febr. **Die Separatisten haben das Stadthaus geräumt.** Zu blutigen Zusammenstößen ist es nicht gekommen, da die Separatisten die Aufforderung der wieder bewaffneten deutschen Polizei, das Stadthaus wieder zu verlassen, befolgten. Ein **Teil der Separatisten** wurde **völlig betrunken** vorgefunden. Die Räume des Stadthauses, in denen die Eindringlinge wie Wilde gehaust hatten, bieten ein fürchterliches Bild der Verwüstung, von denen sofort Lichtbildaufnahmen gemacht wurden. Die städtische Polizei hatte bereits am Samstag, die städtischen Beamten haben heute vormittag den Dienst wieder aufgenommen. Zur Zeit ist in Pirmasens Ruhe eingetreten.

WTB Kaiserslautern, 12. Febr. Die **separatistische Fahne** vom Bürgermeisteramt ist seit Samstag auf unaufgeklärte Weise **verschwunden**, dagegen weht sie noch auf dem Bezirksamt.

Bad Ems, 12. Febr. Das hiesige staatliche **Kurhaus**, das seit November vorigen Jahres Sitz der Dortenschen Regierung war, nunmehr **von den Sonderbündlern geräumt und die Fahne entfernt**, nachdem Dr. **Dorten selbst** schon seit einiger Zeit **verschwunden war.**

Die Selbsthülfe der Neuburger Bevölkerung.

WTB Neuburg, 12. Febr. Am 9. Februar erschien ein Kraftwagen mit Separatisten, um den **Bürgermeister festzunehmen. Als dieser sich zur Wehr setzte, erhielt er einen Brustschuß und einen Schlag mit dem Gewehrkolben auf den Kopf. Lebensgefährlich verletzt mußte er nach Karlsruhe ins Krankenhaus gebracht werden. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Sie schlug die Separatisten aus dem Orte heraus und zertrümmerte den Kraftwagen.** Die Separatisten mußten auf der Zollwache Schutz suchen.

Ausgewiesen!

WTB Essen, 12. Febr. (Drahtbericht.)

Gewerkschaftssekretär **Bohn** ist heute von der Besatzungsbehörde ausgewiesen worden.

Deutsches Reich.

Bedarf es mehr?

Wir haben in letzter Zeit viele Proben davon kosten können, was dem **katholischen Volksteil** in Deutschland blühen würde, wenn bestimmte, jetzt unter dem Motto **„völkisch"** auftretende Kreise ans Ruder kämen. Wie sehr man hier Morgenluft wittert, haben ja nicht nur die **Angriffe gegen den Kardinal Faulhaber** in München, die bis zu **tätlicher Bedrohung** gingen, ergeben, sondern wir können augenblicklich jeden Tag in der gegnerischen Presse Erbauliches darüber wahrnehmen. So hat vor kurzem die **Rheinisch-Westf. Zeitung** (Nr. 77 vom 29. 1. 24) in einem Artikel über die „Vatikanpolitik" Aeußerungen gemacht, die uns in schlimmste Zeiten des Kulturkampfes zurückversetzen mußten. Getreulich folgt nun (Nr. 33 vom 8. 2. 24) die **Bergisch-Märkische Zeitung**, die zwar auch an Ludendorff und seine Leute als „Geschobene, vielleicht sogar **Vorgeschobene"** bezeichnet und zwar „vorgeschoben zur **Erledigung Hitlers"** und wörtlich heißt es dann weiter: **„Hinter Kahr stehen nämlich Held und Heim** und die übrigen Exponenten der bayerischen Zentrumspolitik in ihrem engen Ring, und hinter **ihnen wiederum, über den Doppelposten Pacelli-Faulhaber hinweg, die vier Frauen: die Mutter Zitas, die Gattin Rupprechts, die Herzogin Karl Theodor, die Gräfin Törring".** Bedarf es mehr, um zu zeigen, wohin die Reise geht? Aber wem noch nicht die Augen aufgegangen sein sollten, — es gibt tatsächlich in uns nahestehenden Kreisen noch solche, — würden doch etwa anderes lernen können aus einem Artikel, den der völkische Abgeordnete **Wulle** in der „Großdeutschen Warte" soeben veröffentlicht: Es heißt da unter anderem wörtlich: **„Marxismus und Jesuitismus sind Todfeinde des Deutschen Reiches.** Als am 18. Januar 1871 das Hohenzollernsche Kaiserreich in Versailles entstand, standen **abseits die jüdischen Marxisten und die jesuitischen Ultramontanen.** Beide Gruppen arbeiten mit verteilten Rollen. Am 9. November schienen die jüdischen Marxisten gesiegt zu haben, das Zentrum hielt ihnen den Steigbügel." — Bedarf es mehr?

Frühere Reichstagswahlen?

Ueber den Termin der kommenden Reichstagswahlen liegen in diesem Augenblick sehr widersprechende Nachrichten vor. Von halbamtlicher Seite ist der 15. Juni als voraussichtlicher Wahltermin genannt worden. Indessen machen sich in manchen parlamentarischen Kreisen, so wird uns aus Berlin geschrieben, Strömungen geltend, die eine frühere Wahl, etwa schon Mitte April, durchführen wollen. In diesen Kreisen macht man darauf aufmerksam, daß die Reichsregierung bei dem nächsten Zusammentreten des Reichstages — man nennt dafür den 19. Februar — sehr große Schwierigkeiten haben werde, die unter Umständen zu einem Konflikt führen könnten. Die Schwierigkeiten gehen insbesondere zurück auf die dritte Steuernotverordnung, die nach dem neuen Stand der Dinge wohl kaum durch ein Kompromiß zwischen Regierung und Parteien zustande kommen kann. Wenn die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes diese Verordnungen erläßt, wird es zweifellos zu heftigen, parlamentarischen Auseinandersetzungen kommen, die unter Umständen eine **Reichstagsauflösung** zur Folge haben können. Andererseits gibt es auch bestimmte parlamentarische Gruppen, die eine vorzeitige Reichstagsauflösung schon deshalb nicht ungern sehen würden, um die von der Reichsregierung jetzt in Aussicht genommene Aenderung des Wahlverfahrens vor den kommenden Neuwahlen

Keine Heraufsetzung des Reichstagswahlalters

WTB Berlin, 13. Febr.

Nach Zeitungsmeldungen soll beabsichtigt sein, bei der Reform des Reichswahlgesetzes das **wahlberechtigte Alter von 21 auf 25 Jahre heraufzusetzen.** Demgegenüber ist festzustellen, daß der kürzlich vom **Reichskabinett angenommene Entwurf** zur Abänderung des Reichswahlgesetzes **irgendeine Bestimmung dieser Art nicht enthalten hat.**

Der 15er Ausschuß.

Berlin, 12. Febr. (Privatdrahtnachricht.) Der Unterausschuß des 15. Ausschusses, der sich aus allen Fraktion mit Ausnahme der Kommunisten zusammensetzt, setzte gestern nachmittag in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Luther, des Reichsjustizministers Dr. Emminger und des Reichswirtschaftsministers Hamm seine Beratungen über die dritte Steuernotverordnung fort. Die Verhandlungen die bis 8 Uhr abends dauerten, brachten noch kein Ergebnis.

Verhinderte kommunistische Unruhen in Württemberg.

WTB Stuttgart, 12. Febr. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern ist es der Landespolizei gelungen, durch Verhaftung eines kommunistischen Kuriers und Beschlagnahme des von ihm mitgeführten Materials einwandfrei den Nachweis zu erhalten, daß die Kommunisten planten am 13. Februar im ganzen Reiche Demonstrationen zu veranstalten mit dem ausgesprochenen Zweck, blutige Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen. Die Erwerbslosen und die aus den Betrieben herausgeholten Arbeiter sollten dazu mißbraucht werden, während die eigentlichen Anstifter sich im Hintergrunde halten sollten. Der Minister des Innern weist die Bevölkerung darauf hin, daß die Polizei angewiesen ist, verbotene Versammlungen mit Entschiedenheit und mit allen Mitteln zu verhindern. Die Bevölkerung wird nachdrücklichst ermahnt, Ansammlungen fernzubleiben.

Der Führer der Roßbachtruppen verhaftet.

WTB München, 12. Febr. Der Führer der Roßbachtruppen in München, Leutnant a. D. **Heines**, der im Zusammenhang mit den Novemberputschen gesucht wird, ist bei Aufhebung einer verbotenen Versammlung der Nationalsozialisten verhaftet worden.

× Gemeindefinanzen und Beamtenbesoldung.

Unter der Ueberschrift „Die Verschwendung staatlicher Gelder" veröffentlicht das Mitglied des Westfälischen Provinziallandtages Dr. **Goldmann, Haspe** in der Deutschen Allgemeinen Zeitung Ausführungen von allgemeinem Interesse. Der Verfasser stellt zunächst die Tatsache fest, daß im Jahre 1921 das Beamtensperrgesetz angenommen wurde, welches bezwecken sollte, daß die Kommunen keine höheren Gehälter als der Staat zahlten und daß im Januar des folgenden Jahres der Preußischen Finanzminister erklärt habe, das Sperrgesetz müsse jetzt nachdrücklich durchgeführt werden. Trotzdem in der Folge entsprechende Entschließungen angenommen wurden und im September 1923 ein diesbezüglicher Erlaß des Reichsfinanzministers erschien, ist als Erfolg festzustellen, daß viele Städte in diesem Punkte den Staat einfach nicht beachten. Der Verfasser gibt hierfür folgendes Beispiel.

Die Stadt Haspe (1909 23000 Einwohner) erließ am 29. 11. 1909 eine Besoldungsordnung. Hiernach erhielten: Der Bürgermeister das Gehalt der Gruppe 12 (Besoldungsordnung 1920), besoldete Beigeordnete fehlten, der Oberstadtsekretär Gruppe 8, der Polizeikommissar Gruppe 7, Verwaltungssekretäre Gruppe 6. und Polizeisergeanten Gruppe 7. 1923 bestehenfolgende Verhältnisse. Einwohnerzahl noch nicht 26000. Der Bürgermeister erhält das Gehalt der Gruppe A 2, (Gruppe der Regierungspräsidenten). 2 Besoldete Beigeordnete (von Haus aus keine Verwaltungsbeamte) Gruppe 13 Gruppe der vortragenden Räte im Ministerium). Der Oberstadtsekretär heißt heute „Bürodirektor", Gehalt Gruppe 11 (Regierungsrat) (Vorbildung: Militäranwärter). Der Polizeikommissar ist zum Polizeiinspektor" aufgerückt, Gruppe 10, Verwaltungssekretäre heißen „Amtmänner", Gruppe 9, endlich sind auch die Polizeisergeanten 3 Gruppen höher gerückt.

Bisher wurden die Besoldungen zum größten Teil vom Staate getragen und belasteten die Gemeindefinanzen in keiner fühlbaren Weise. Bei der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen Staat und Gemeinden wird sich dies Verhältnis dahin ändern, daß in Zukunft für die Besoldung der Kommunalbeamten die von den Steuerzahlern der betreffenden Gemeinde aufgebrachten Gelder verwendet werden. Von diesem Zeitpunkte ab macht sich die gegenüber der Vorkriegszeit erfolgte Höherstufung um durchschnittlich 2—3 Gruppen in jedem einzelnen Orte fühlbar. Wir wissen nicht, wie im hiesigen Kreise die Verhältnisse liegen. Aehnliche Verhältnisse wie in Haspe dürften aber noch mancherorts zu verzeichnen sein. Man muß sich nur darüber wundern, daß der Reichsfinanzminister Dr. Luther, dem doch diese Zustände von seiner früheren Tätigkeit bekannt sein müssen, u. der sich also hier auf einem Gebiete bewegen würde, auf dem er zu Hause ist, sich in auffallend Schweigen hüllt, während er doch sonst in anderen Dingen bei den Ländern allerhand große Sparmaßnahmen anzuregen weiß. Durch einen den staatlichen Verhältnissen angepaßte Eingliederung der Beamten lassen sich Ersparnisse erzielen die größer sind als wenn man 25 Prozent der kommunalen Beamten auf die Straße setzt. N. L.

Hauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der deutschen Zentrumspartei.

Die diesjährige Hauptversammlung der Kommunal-Politiker der Deutschen Zentrumspartei findet am 16. und 17. März in Hagen in Westfalen statt. Gerade auf dem Gebiete der Kommunalpolitik haben sich in den letzten Monaten so ungeheuer große und einschneidende Probleme ergeben, die eine grundsätzliche Stellungnahme der Kommunalpolitiker unserer Partei zu einer unbedingten Notwendigkeit mdchen. Die **Tagesordnung** der Hauptversammlung sieht dementsprechend die Behandlung des **Verhältnisses der Gemeinde zu den Ländern und zum Reiche vor, ferner die Stellungnahme des Zentrums zu den gegenwärtigen aktuellen kommunalen Fragen, wie Verwaltungsabbau, Sparmaßnahmen, Goldmarketat, ferner Schulabbau und Abbau der Wohlfuhrtspflege und Führung der kommunalen Wirtschaftsbetriebe.** Außerdem wird die Hauptversammlung sich mit der Frage der **Vorbereitung der diesjährigen Gemeindewahl** zu beschäftigen haben. In besonderen Nebenversammlungen werden die städtischen und ländlichen Kommunalpolitiker Gelegenheit zu einer Aussprache über die besonderen Fragen der städtischen und ländlichen Kommunalpolitik, vor allem auch über die in Beratung befindlichen Entwürfe der **neuen Städte-, Landgemeinde- und Kreisordnung** haben. Eine Reihe weiterer Veranstaltungen wird im Zusammenhang mit der Hauptversammlung stattfinden. Unsere Kommunalpolitiker werden gut tun, bereits heute sich auf die Teilnahme an dieser Tagung vorzubereiten, für die Anträge und Wünsche an die Zentralstelle der Kommunalpolitischen Vereinigung, Köln, Rübenstr. 11, gerichtet werden können.

Ausland

Der französische Botschafter bei Macdonald.

WTB London, 11. Febr. Macdonald hatte heute im auswärtigen Amt eine Unterredung mit dem französischen Botschafter Graf St. Aulaire. Die für heute angesetzte Sitzung des Kabinettsrat ist auf morgen verschoben worden. Wie verlautet, will der Ministerpräsident seinen Kollegen noch Einzelheiten über die Erklärungen mitteilen, die er am Nachmittag im Unterhause abgeben wird.

Die englische Vertretung in Rußland.

WTB London, 12. Febr. Nach einer Reutermeldung wird jetzt amtlich bestätigt, daß **Hodgson zum englischen Geschäftsträger in Rußland** ernannt worden ist. Bezüglich der britisch-russischen Kommission die zusammentreten soll, um verschiedene zwischen den beiden Ländern schwebende Fragen zu erörtern, sei bisher in London nichts bekannt wie auch über die Zusammensetzung dieser Kommission. Ebenfalls steht es noch nicht fest, wer England vertreten wird. Es wird erwartet, daß die Zusammensetzung bald vollendet sein wird und man glaubt, daß ihre Arbeiten in London zwei oder drei Wochen dauern werden.

Radek über die russisch-italienischen Beziehungen.

WTB Moskau, 12. Febr. Bei der Besprechung der Anerkennung Sowjetrußlands durch Italien erklärt **Radek** in der „Pravda" daß die italienische Politik mit dieser Anerkennung in Verbindung mit dem jugoslawischen Vertrag die **Sicherstellung des italienischen Einflusses im Mittelmeer bezwecke,** während es wirtschaftlich das Ziel Italiens sei, für seine Industriefabrikate den russischen Absatzmarkt zu erhalten und deren Produkte, wie Getreide, Naphta und Kohle, unter billigen Frachtbedingungen als Gegenleistung zu erhalten.

Der Vatikan und Rußland

WTB London, 12. Febr. Nach einer Meldung der Daily Mail aus Rom soll die Unterzeichnung des italienisch-russischen Vertrages im Vatikan einen ausgezeichneten Eindruck gemacht haben. Es werde beabsichtigt, demnächst die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhle und Rußland anzubahnen. Diese sollen zur Ernennung eines päpstlichen Nuntius in Moskau und eines russischen Botschafters im Vatikan führen.

Der italienische Botschafter in Rußland.

WTB Rom, 13. Febr. (Drahtbericht.) Die Sowjetregierung hat ihr Agrement zur Ernennung des Grafen **Maconi** zum italienischen Botschafter in Moskau erteilt.

Die Wiederaufnahme der deutsch-türkischen Beziehungen.

Konstantinopel, 13. Febr. (Drahtbericht.) Der deutsche Gesandte in Bukarest ist mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei beauftragt worden. Er ist hier eingetroffen und wird sich nach Angora begeben.

Wiener Hülfe für deutsche Kinder.

WTB Wien, 12. Febr. Auf Einladung der Technischen Union sind gestern mehrere Hundertausend Arbeiterkinder aus Mitteldeutschland hier eingetroffen, die bei Arbeiterfamilien in Wien und Umgebung zur Erholung Aufnahme finden.

Jubelfeier des Deutschen Vereins in Christiania.

WTB Christiania, 12. Febr. Der Deutsche Verein beging gestern die Feier seines 40jährigen Bestehens. An der Feier nahmen etwa 200 Personen teil. Der Vorsitzende des Vereins, Tipper, hielt eine Ansprache, in der er der großartigen Hilfsaktion Norwegens für das notleidende Deutschland gedachte. Der deutsche Gesandte, Freiherr von Romberg, gab in seiner Rede dem Glauben Ausdruck, daß das deutsche Volk seine kulturelle Macht wieder gewinne. Er richtete Worte der Anerkennung an den Direktor des Nationaltheathers Björn Björnson. Der Sekretär des Vereins schlug die Gründung eines „Deutsch-norwegischen Vereins" vor. Zum Schluß ergriff noch Björn Björnson das Wort, um seine Sympathie für Deutschland zum Ausdruck zu bringen.

Baldwin wieder zum Parteiführer gewählt.

WTB London, 12. Febr. Baldwin wurde auf der Parteikonferenz im Hotel „Cecil" einstimmig zum Parteiführer wieder gewählt. Er erklärte im allgemeinen, daß die Schutzzölle aus dem Parteiprogramm bald verschwinden würden, das Industrieschutzgesetz werde dagegen als ein Teil der konservativen Politik weiter aufrecht erhalten werden.

Eine Mahnung Amerikas an seine Gläubiger.

WTB London, 13. Febr. (Drahtbericht.) Reuter meldet aus Washington, es werde erwartet, daß die amerikanische Schuldenfundierungskommission bald einberufen werde, um zu erwägen, ob sie die auswärtigen Regierungen daraufhin erinnern solle, daß die Fundierungskommission Fundierungsangebote erwarte.

Der ewige Kampf.

13) Roman von Karlfriedrich Baberadt.

„Sie haben Glück gehabt, daß Bruckschen Ihre Pläne angehört hat und davon begeistert ist, aber Sie werden darum auf der anderen Seite umso mehr Unglück oder wenigstens Widerwärtigkieten haben. Freilich ist es immer noch ein weiter Schritt bis zur Ausführung Ihrer Absichten."

„Nicht ganz so weit, wie Sie zu glauben scheinen, Potter. Ich habe die Erlaubnis, auf dem Grund und Boden des Bruckschenhofes einen Bohrturm aufstellen zu dürfen. Was will ich mehr?"

„Nein, vorderhand brauchen Sie nicht mehr, aber später, wenn sich Ihre Berechnungen richtig erweisen — was denn?"

Steigerwald lachte. „Ich werde Ihnen das Land Kanaan zeigen und es müßte schnurrig zugehen, wenn sie nicht alle taumeln würden vor Gier, es betreten zu dürfen. Wenn der Bruckschenhöfer erst einmal verkauft hat . . . ."

„Der Bruckschen? Verkaufen? Nie, niemals wird er das tun", unterbrach ihn Potter heftig.

„Gemach, gemach, lieber Freund! Wenn er für den Hof und den Tochterhof eine Million kriegen kann . . . ."

„Auch der Tochterhof?" Es war Heinz Potter plötzlich, als habe ihn einer in einen Abgrund gestoßen. Den Hof sollte er wieder hergeben, dem er seine Lebensarbeit widmen wollte? Ganz klar sah er auf e al den Gang der Dinge in Lossum vor sich un schauderte vor der Macht, die dem Menschen da neben ihm gegeben war.

Er sah Steigerwald von der Seite an, als suche er bei ihm irgendeinen Zug des Verführers, aber das frische rosige Gesicht des Ingenieurs gab ihm keine Rätsel auf. Er sah aus wie einer, der sich seines Wertes bewußt ist, und seine grauen Augen funkelten so lustig, als stände er schon am Ziel. Aber schon einige Stunden später mußte Richard Steigerwald erfahren, daß er die Zähigkeit der niederrheinischen Bauern doch unterschätzt habe.

Auf dem Nachhauseweg hatte er Gerd Bruckschen getroffen, der von einem Gang durch die Felder heimkehrte. Es war ganz natürlich, daß sich ihre Unterhaltung rasch den Bohrversuchen des Ingenieurs zuwandte. Steigerwald war sehr zuversichtlich und bezweifelte nicht, daß man auf dem Grund und Boden des Bruckschenhofes Steinkohlen finden werde. Je mehr Interesse der Großbauer an seinen Schilderungen verriet, desto übermütiger wurde der junge Mensch. Schließlich gedachte er, Gerd Bruckschen zu überrumpeln.

„Ja, Herr Bruckschen, lauteres Gold steckt in Ihren Aeckern, und Sie können es erlangen, ohne sich tagaus, tagein dafür abplagen zu müssen."

Kein Wimperzucken veränderte das bartlose, herrische Gesicht Gerd Bruckschens. „Wie meinen Sie das, Herr Ingeneur? Ein Bauer muß arbeiten, um zu leben. Meine Aecker waren mir bisher treu, sie haben mir die Mühe gedankt, die ich mir mit ihnen gab. Der Bruckschenhof wirft reichlichen Gewinn ab. Was wollen Sie also sagen?"

Richard Steigerwald streifte den Bauern mit einem raschen Blick. Aha, der wollte die Preise in die Höhe treiben! Reichen Gewinn wirft der Bruckschenhof ab? Warte nur, mühelofer Gewinn ist besser als in Schweiß und Plage erlangter. Vorsichtig überlegte er die Antwort, die er Gerd Bruckschen gab. „Nicht jeder kann so stolz von seinem Hof sprechen, wie Sie, Herr Bruckschen. Freilich, es ist ein prachtvoller Besitz, aber nach Ihrem Tode — Sie haben keinen Sohn . . ."

Unduchdringlich erwiderte Gerd Bruckschen, er hoffe, einen Eidam zu finden, der den Hof bewirtschaften könne. Dabei dachte er an seinen Pächter Heinz Potter.

„Das kommt doch sehr darauf an, wie Ihre Tochter wählt."

„Meine Tochter wird so wählen wie ich."

Ungeduldig rieb sich Steigerwald mit dem Zeigefinger das Kinn. „Nun, Sie werden das junge Mädchen nicht zwingen können, wenn es andere Wünsche hat als Sie. Ihr künftiger Schwiegersohn ist vielleicht kein Landwirt, kann mit dem Hof nicht anfangen . . ."

Gerd Bruckschen blieb stehen. „Herr Ingenieur, Sie reden um etwas herum, das merke ich wohl. Ich bin kein Freund von Nebenwegen, sagen Sie mir, was Sie wünschen."

„Mein Gott, wünschen! Ich wünsche gar nichts! Ich meinte nur, es könnte vielleicht einmal der Fall eintreten, daß es Ihnen lieb wäre, ein Kapital in Händen zu haben, statt des Hofes."

„Ach so. Sie meinen, daß ich den Hof verkaufen sollte . . ."

Richard Steigerwald nickte freudig. „Gewiß, ja. Sie werden ihn vorteilhafter verkaufen können, als Sie jetzt Erträgnisse aus ihm ziehen."

„Ich werde den Hof nicht verkaufen. Herr Ingenieur."

Gerd Bruckschen sprach diesen Satz mit solch schwerem Ernst, daß Steigerwald eine unangenehme Empfindung abschütteln mußte, ehe er antworten konnte.

„Er steigt im Werte, wenn wir Kohlen finden. Eine Million könnte er Ihnen leicht einbringen."

„Und wäre es für das Doppelte — der Bruckschenhof ist mir nicht feil."

„Aber bedenken Sie doch: Sie geben mir die Erlaubnis, auf Ihrem Grund und Boden Bohrversuche machen zu dürfen. Wenn wir Kohlen finden . . ."

. . . . . Dann freuen Sie sich, daß Sie richtig gerechnet haben, Herr Ingenieur, aber ziehen Sie, soweit ich und mein Hof in Frage kommen, keine weiteren Schlüsse."

Die wackere Trien war recht unzufrieden mit der Lene. Es war etwas Fremdes zwischen die beiden Frauen getreten, zum ersten Male verbarg das junge Mädchen der alten Freundin, die treu und selbstlos seit dem frühen Tode der Krugwirtin Mutterstelle an ihr vertreten hatte, eine Sorge oder eine Angst — was es sei, wußte Trien nicht, aber sie empfand es schmerzlich, daß sie das Vertrauen ihrer Schutzbefohlenen verloren hatte. All die langen Jahre hatte es kein Glück und kein Leid gegeben, das die zwei Frauen nicht gemeinsam besessen hatten. War der Rat, den die Trien dem jungen Mädchen geben konnte, auch nur karg und einfältig, so wußte sie aus schlichtem Herzen heraus daß die Lene ihn doch nicht abzuweisen brauchte. Aber jetzt war etwas zerrissen zwischen ihnen. Die Lene hatte eine große Trauer im Herzen, das war deutlich zu merken, aber allem gütigen Zuspruch der alten Freundin gelang es nicht, die Ursache zu ergründen. Ohne helfen zu können, mußte sie zusehen, wie das junge Mädchen seine frischen Farben verlor und wie es oft mitten in der Arbeit aus tiefem inneren Weh verloren und wie in die Ferne starrte. Die Trien wußte sich schließlich nicht anders zu helfen, als den Jan auf den Zustand seiner Pflegeschwester aufmerksam zu machen, denn ihm durfte es doch nicht gleichgültig sein, wenn ein geheimer Schmerz der Braut den Lebensfrohsinn zerfraß.

Aber der Jan hatte nur gelacht. „Laß sie nur, Trien, sie wird ihm schon wieder die alte Lene werden . . ." 's ist halt die Liebe." Mit dieser rätselhaften Auskunft wußte Trien nun nicht viel anzufangen, aber sie glaubte dennoch, einen Wegweiser entdeckt zu haben, der sie wieder auf eine gute Straße führen könnte.

„Lene", sagte sie eines Abends zu dem jungen Mädchen, ich weiß jetzt, was dir fehlt: du mußt Hochzeit machen."

„Ich muß Hochzeit machen, Trien? Mit wem?"

„Nun, mein Gott, mit dem Jan natürlich. Er wartet schon so lange auf dich."

„Mit dem Jan werde ich keine Hochzeit machen, Trien."

„Lene, Lene!" rief die Alte entsetzt. Sie mußte einen Augenblick die Augen schließen, als habe sie die Schrecken der Hölle erblickt. Dann hatte sie Mühe, ihrer Stimme Festigkeit zu geben. „Kind, nicht mit dem Jan? Hast du kein Vertrauen mehr zu mir? Ich mein', du kannst mir noch immer sagen, was dir fehlt."

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftsteil.

Endlich ein abschreckendes Exempel. Kredit und Girokonto gesperrt.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 12. Februar.

Eine **bekannte erste rheinische Bankfirma** hat in den letzten Tagen entgegen den Bestimmungen der Devisenverordnung **Devisen in hohen Beträgen zum Kauf angemeldet, für welche weder Bedarf noch Deckung vorhanden war. Die Reichsbank hat daraufhin der Bankfirma das Girokonto entzogen und ihr den Kredit gesperrt.**

* Endlich hat die Reichsbankleitung den Mut aufgebracht, einmal zu handeln und sich nicht mit Worten zu begnügen. Sie hat mit ihrer **Kreditschlamperei**, die uns im vorigen Jahre besonders so unendlich viel geschadet hat, Schluß gemacht und hat den unvernünftigen unsinnigen Devisenforderungen gewissenloser Bankkreise, die auf Baisse der Mark durch ihre Spekulationen hinarbeiteten, endlich einmal ein abschreckendes Exempel statuiert. Sie hat einer rheinischen Bankfirma, die über Bedarf und ungedeckt Devisen anforderte, den Kredit und das Girokonto gesperrt. Diese Maßnahme der Reichsbank gegenüber dem landesverräterischen, nur auf eigenen skrupellosen Gewinn berechnetem, jede Rücksicht auf das Allgemeinwohl außer Acht lassende Treiben von ganz schuftigen Elementen wird von der Allgemeinheit in Deutschland mit lauter Zustimmung begrüßt. Es ist aber zu fordern, daß auch der Name dieser Bankfirma vor aller Welt an den Pranger gestellt wird, damit man genau weiß, wo diese landesverräterischen Elemente sitzen, die den Gegnern in die Hände arbeiten und kalt über die Leichen des deutschen Volkes hinweg schreiten, wenn sie nur ihren eigenen Säckel dabei füllen können. Für die übrigen Banken aber ist dies Vorgehen der Reichsbank eine **ernste Warnung**. Es wurde die höchste Zeit, daß die Reichsbank so handelte. Sie muß in diesem Bestreben unbeirrt von Rücksichten auf einzelne finanzielle Kreise fortfahren und mit eisernem Besen all die unsauberen Elemente von der Börse wegfegen, die mit dem Gelde der Reichsbank die deutsche Mark zu ihrem eigenen Gewinn stürzen wollen. Nur durch energisches Vorgehen ist der Sturm der Kreise gegen die Mark, die auf das Volkswohl was flöten, wenn sie nur für die eigene Tasche profitieren, zu begegnen. Die gesamte öffentliche Meinung, alle anständigen Elemente stehen hinter der Reichsbankleitung bei einem solchen konsequenten Vorgehen. Was nützen uns alle Jeremiaden und Tiraden über welsche böswillige Tücke, wenn die eigenen Banken in derselben Weise gegen das Volk arbeiten. Daher zollen wir der Reichsbankleitung für ihr Vorgehen in diesem Falle Beifall und rufen dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu: „Landgraf werde hart!"

Dr. W.

Keine Veränderung in dem gegenwärtigen Stand der Mark.

Die Reichsbank hat in den letzten Tagen im Mittelpunkt eines schweren Ansturms gestanden, der gegen ihre Devisenbestände geführt worden war. In- und ausländische Kräfte haben zusammengewirkt, um das gegenwärtige Kursgebäude zu Fall zu bringen und die Rentenmark in eine neue Inflationsperiode zu ziehen. Man kann heute, so schreibt uns ein besonderer wirtschaftlicher Mitarbeiter, wohl ruhig aussprechen, daß der Ansturm abgeschlagen ist. Die Reichsbank hat mit ihren Devisenvorräten, die sie in den letzten Monaten sammeln konnte, durchkämpfen können, und sie verfügt auch heute noch über sehr erhebliche Machtmittel, um allen Versuchen, die Rentenmark zu stürzen, trotzen zu können. Wenn die Reichsbank neuerdings zu sehr empfindlichen Einschränkungen in der Zuteilung der Devisenanforderungen schritt, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß die Reichsbank am Ende ihrer Kräfte wäre, sondern ihr Verhalten ist lediglich diktiert von dem Bestreben, die Devisenbestände zu schonen und die neuerdings wieder auftretenden sogen. Konzertorders auf ihre realen Grundlagen zu prüfen. Nachdem nun auch eine prinzipielle Einigung über den **Goldnotenplan** erzielt ist, wird sich eine Rückwirkung auf dem Devisenmarkt im Sinne einer Beruhigung zweifellos ergeben. Freilich wird man nun jetzt, da die Sachverständigen sofort eine vollgedeckte Goldnote wünschen, unter Einziehung der Papiermark und der Rentenmark auf eine Verzögerung in der Durchführung des Projektes der Schaffung einer Goldnotenbank einstellen müssen. Aber aus diesem Umstand wird die Spekulation keine Hoffnung schöpfen können, da die bestimmte Ansicht einer sich auf Goldbasis zu vollziehenden Währungssanierung solchem Beginnen vollständig hindert im Wege steht. Infolgedessen wird man, sofort nicht ganz absonderliche Umstände eintreten, damit rechnen können, daß **das gegenwärtige Wertverhältnis des deutschen Geldes, also sowohl der Papiermark wie der Rentenmark zur Goldmark bis zur Schaffung einer Goldnote beibehalten wird und das auf der Basis dieses Verhältnisses die endgültige Goldnote sich aufbaut.**

Erster Ausweis der Deutschen Rentenbank vom 31. 1. 1924.

WTB **Berlin**, 12. Febr.

Aktiva.

	31. 12. 1923.	31. 1. 1924.
Belastung der Wirtschaft zu Gunsten der Rentenbank	3 200 000 00,—	3 200 000 000,—
Bestand an Rentenbriefen:		
am 31. 12. 23 R.-M. 2 399 984 000,—		
am 31. 1. 24 R.-M. 2 399 872 000,—		
Darlehen an das Reich, unverzinslich	200 000 000,—	200 000 000,—
Darlehen an das Reich, verzinslich	1 000 000 000,—	900 000 000,—
Darlehen für die Wirtschaft: an die Reichsbank	— —	200 000 000,—
dto. an die Notenbank	33 995 000,—	61 970 000,—
Vorübergehend bei der Reichsbank (200) und Post (10) für Zugangbringung des Giro- und Postscheckverkehrs	220 000 000,—	210 000 000,—
Kasse, Giro-, Postscheck- und Bankguthaben	11 268 754,40	4 083 799,61
Mobilien und Büroutensilien	51 600,32	56 745,38

Passiva.

Grundkapital	2 400 000 000,—	2 400 000 000,—
Grundrücklage	809 000 000,—	800 000 000,—
Umlaufende Rentenbankscheine	1 241 999 853,—	1 374 084 422,—
Umlaufende Rentenbriefe	16 016 000,—	128 000,—

Das Reich hat am 31. Januar 100 Millionen Rentenmark zurückgezahlt, Wiederanforderung vorbehalten.

Die Reichsbank hat im Januar 200 Millionen Mark aus den zur Verfügung stehenden 600 Millionen abgefordert. Die darüber hinaus gewährten Kredite hat sie aus eigenen Rentenmarkbeständen gegeben; es wird auf die Wochenausweise der Reichsbank verwiesen.

Die Post hat im Januar 10 Millionen zurückgezahlt.

Ein beachtenswertes Urteil zur Hypothekenfrage.

Ein Zivilingenieur hatte sein Haus in Stuttgart im September 1918 zu 95 000 Mark verkauft und 45 000 Mark in Hypotheken stehen lassen. Der Nachfolger des Verkäufers kündigte die Hypothek im April 1923 und bot 45 000 Mark dem Hypotheken gläubiger in Papiermark an, der sie zurückwies. Darauf klagte er auf Löschung. Das Landgericht gab der Klage statt, das Stuttgarter Oberlandesgericht dagegen machte die Löschung von der Zahlung von 15 000 Goldmark abhängig. Es erklärte, daß ein Geschäftshaus mit 10 Wohnungen heute einen Verkehrswert in Höhe des dritten Teiles des Friedenswertes wiedererhalten habe, denn der Immobilienverkehr halte die gegenwärtige Beschränkung der Hausbesitzer nicht für dauernd. Dem Eigentümer stehe es frei, bessere Zeiten abzuwarten und dann mit 15 000 Goldmark die Löschung durchzuführen. Das Gericht ist also über die in der dritten Steuernotverordnung vorgesehene Grenze der Höchstaufwertung von 10 Prozent weit hinausgegangen.

Die deutschen Bauernvereine und das landwirtschaftliche Brennereigewerbe.

Anläßlich der Wintertagung der Vertreter aller deutschen Bauernvereine wurde nachstehende Entschließung gefaßt:

„Die praktische Handhabung des Reichsbranntweinmonopolgesetzes hat dahin geführt, daß den landwirtschaftlichen Kornbrennereien die Existenz dauernd steigend erschwert wird. Der Großbetrieb sowie der Handel mit Sprit und Branntwein wurde gefördert, während die landwirtschaftlichen Brennereien in den Hintergrund gedrängt wurden. Die Reichsregierung hat die große volkswirtschaftliche Bedeutung des landwirtschaftlichen Brennereiwesens, Steigerung der Milch- und Fetterzeugung, außer acht gelassen, es sind vielmehr die Interessen des Handels und Großbetriebes in den Vordergrund geschoben. Da nun aber in den kommenden Jahren gerade die Sicherung unserer Volksernährung für das deutsche Volk von größter Bedeutung ist, fordern die deutschen Bauernvereine mehr als bisher eine Förderung des landwirtschaftlichen Brennereiwesens."

Die Verhandlungen über die Micumverträge.

Berlin, 12. Febr. Havas meldet aus Paris, daß zwischen den Grubenbesitzern und der Micum in Düsseldorf beschlossen worden sei, daß die Kohlenlieferungen der deutschen Zechen vom 1. März ab nicht mehr prozentual von der Förderung erfolgen, sondern in der von der Reparationskommission vorgeschlagenen Tonnenzahl. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen trifft diese Mitteilung von Havas nicht zu. Richtig ist nur, daß zwischen der Sechserkommission und der Micum neue Verhandlungen über Kohlenlieferungen und Kohlensteuern nach dem 15. Februar stattgefunden haben. Bei diesen Verhandlungen hat die Micum allerdings verlangt, daß monatlich die Kohlenlieferung der deutschen Zechen nicht mehr in einem bestimmten prozentualen Verhältnis von der jeweiligen Kohlenförderung erfolgen soll, sondern in einer festen monatlichen Menge. Maßgebend für diese Menge sollte nach der Micum die von der Reparationskommission auferlegte monatliche Menge sein. Nach der letzten Aufstellung der Reparationskommission waren dies 1,8 Millionen Tonnen monatlich. Richtig ist, daß die Sechserkommission dieser Forderung der Micum nicht zugestimmt hat. Sie hatte die verlangte Erhöhung der Kohlenlieferung ebenso wie eine Erhöhung der Kohlenabgabe vielmehr als unmöglich bezeichnet und im Gegenteil eine Herabsetzung der Forderung der Micum verlangt. Eine Einigung zwischen der Micum und der Sechserkommission liegt nicht vor. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am 25. Februar wiederaufgenommen.

WTB Essen, 12. Febr. In der ausländischen Presse wird über die Verhandlungen des bergbaulichen Vereins mit der Micum eine Meldung verbreitet, in der Besprechung am 9. Februar sei von den Vertretern des bergbaulichen Vereins hervorgehoben worden, daß es den Bergwerken trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, die Förderung auf die vormalige Höhe zu bringen. Die Gründe liegen einmal in der ungenügenden Wagengestellung, dann aber auch in dem Absatzmangel, der auch die ungünstige Wirtschaftslage in Deutschland und besonders im besetzten Gebiete zurückzuführen ist. Die Bergwerke nehmen für sich den Paragraphen des Micumvertrages in Anspruch, nach dem bei der Höhe der Abgaben der wirtschaftlichen Lage Rechnung zu tragen ist. Aus dem gleichen Grunde kann auch eine Erhöhung der Reparationslieferungen über den jetzigen Prozentsatz hinaus nicht in Frage kommen. Die Vertreter der Micum erklärten, die von den Zechen angeführten Gründe nicht als richtig annehmen zu können. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Es soll vielmehr am 25. Februar erneut in Verhandlungen eingetreten werden.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Elberfeld, 12. Febr. Bericht der amtlichen Notierungskommission am 11. 2.:

Auftrieb: 658 Stück Großvieh, davon 206 Ochsen, 87 Bullen, 300 Färsen und Kühe, 65 Fresser, 2136 Schweine, 593 Kälber und 141 Schafe.

1. Rinder a) Ochsen. a. 50—52, b. 46—48, c. 38 bis 42, d. 28—35.

b) Bullen: a. 42—45, b. 35—38, c. 25—30.

c) Fersen und Kühe: a. 50—52, b 46—48, c. 36 bis 40, d. 28—34, e. 15—25.

d) Jungvieh: a. 22—28 von 2. Kälbern a.—b.55 bis 60, c. 48—52, d. 38—42, e. 28—36.

3) Weide-Schafe: a. 30—40, b. 20—25,

4) **Schweine:** a. 52—55, b. 57—60, c. 62—65. d. —, e. 42—50.

Tendenz des Marktes: Großvieh: mittel Schweine und Kälber langsam.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 11. Februar.

Auf dem heutigen Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben 297 Stück Großvieh, 449 Kälber, 22 Schafe, 1583 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund Lebendgewicht für Ochsen: a) 48—53, b) 44—48, c) 37—44, d) 30—37. Bullen: a) 35—38, b) 30 bis 35, c) 25—30. Färsen und Kühe: a) 48—52, b) 45—48, c) 40—45, d) 30—40, e) 18—30. Kälber: a) 65—68, b) 60—65, c 45—60, d) 30—45. Schweine: a) 64, b) 62—63, c) 62—63, d) 59—61, e) 55—59. Marktverlauf: Großvieh langsam, sonst mittel.

Essener Schlachtviehmarkt.

Essen, 11. Februar.

Aufgetrieben waren 503 Stück Großvieh, davon 101 Ochsen, 110 Bullen, 246 Färsen und Kühe, 462 Stück Jungvieh, 767 Kälber, 147 Schafe, 3188 Schweine. Es wurde im Großhandel gezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht in Goldmark für Ochsen 30—40, Bullen 26—29, Färsen und Kühe 22—48, Jungvieh 25—32, Kälber 35—68, Weidemastschafe 35—50, Schweine 48 bis 65. Das Geschäft war mittelmäßig.

Die Kohlenpreise.

Der Reichskohlenverband teilt mit: Verschiedene Tageszeitungen haben in letzter Zeit die Nachricht gebracht, daß im Laufe des Februars mit einer weiteren Senkung der Kohlenpreise und vom 1. April an mit der Wiedereinführung der Vorkriegspreise zu rechnen sei. Diese Nachricht ist unzutreffend. Die Kohlenindustrie hat mit der am 4. Februar eingetretenen Preisermäßigung das getan, was sie nach Lage der Verhältnisse tun konnte. Die Urheber der unzutreffenden Nachrichten sollten sich vor Augen halten, daß durch ihr Vorgehen das Gegenteil davon erreicht wird, was sie bezwecken. Die unrichtigen Nachrichten rufen Stockungen auf den Kohlenmarkt hervor und verschlechtern hierdurch die Lage der Kohlenindustrie und machen sie unter Umständen sogar unfähig, mit den bisherigen Preisen durchzukommen.

Dortmunder Börse.

Fallende Tendenz.

WTB Dortmund, 12. Febr. (Drahtber.)

Der etwas steifere Geldmarkt führte heute zu **Angeboten auf allen Märkten.** Am **Kalimarkte** waren die in letzter Zeit stärker gestiegenen **Wintershallwerte** hauptsächlich **gedrückt**, die übrigen Papiere begnügten sich mit geringeren Einbußen. Der **Schluß** der Börse galt als **geschwächt**, bei etwas **stärkeren Angeboten in Kaliaktien.**

Von Berliner Papieren wurden **westfälische Montanpapiere** gegen Schluß der Börse um einige Billionen Prozent **niedriger** angeboten.

Von **Kohlenkuxen** wurden gehandelt (in Bill. Prozent) Carolus Magnus 5750—6500, Konstantin der Große 30—33 000, Deutschland 700—750, Diergard 5750—6500, Graf Schwerin 10—11 000, Trappe 1700—1900.

Am **Kohlenaktienmarkt** lagen im Geschäft: Adlerkohle 21—24, Karl Friedrich 3,75—4,75, Westfälischer Bergbau 12—14, Montania 2,75—3,50, Ruhrkohle 6—7, Dahlbusch 58—62, Beckerkohle 11,5 bis 12,5.

Der **Handel in Kalikuxen** erstreckte sich auf folgende Papiere: Alizenhall 350—450, Einigkeit 3000—3500, Erichssegen 2500—3000, Immenrode 2250—3250, Sachsen-Weimar 5—6000, Salzminde 400—450.

Auf dem **Kaliaktienmarkt** wurden umgesetzt: Adlerkali 40—44, Deutsche Kali 62 gestr., Hallesche Kali 37—40, Hannoversche Kali 40—44, Niedersachsen 7,5—11,0, Salzdetfurt 38—42, Ummendorf 2,25 bis 3,00.

Von **unnotierten Werten** sind zu erwähnen: Hansabrauerei 26—28 000, Kabel 200—250, Ritterbrauerei 24—26 000, Norddeutsche Union 1700—1900, Uerdinger Waggon 14 500—16 000.

In **Berliner Papieren** wurden Erdöl zu 74—79 in Bill. Prozent gehandelt.

Von Dortmunder Aktien bestand Interesse für Unionbrauerei 33—36, Hansaland 2,5—2,75, Harpener 83—87, Mannesmann 48—52, Marsfeld 14,25—16,0 in Bill. Proz.

Nächste Börse am Freitag, den 15. 2., nachm. 2.30 Uhr.

Die amtliche Notierung von K-Schätzen.

Der Schutzverband der K-Schätze-Besitzer von 1923 und 1924 teilt mit, daß das Reichsfinanzministerium sich bereit erklärt hat, zu veranlassen, **daß eine amtliche Börsennotiz der K-Schätze von 1923 und 1924 nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage auf dem schnellsten Wege herbeigeführt werden würde.** Eine Zusammenlegung der K-Schätze von 1923 und 1924 wird nicht beabsichtigt.

Eine 20prozentige französische Ausfuhrabgabe?

WTB Paris, 12. Febr. (Drahtbericht.)

Excelsior glaubt zu wissen, daß der Landwirtschafts- und Handelsminister die **Einführung eines 20prozentigen Ausfuhrabgabe in Erwägung ziehe.** Nach den Berechnungen der Sachverständigen würde diese Abgabe der Finanzverwaltung beträchtliche Summen verschaffen können und immer noch einen Spielraum von 10—20 Prozent zwischen französischen und Weltmarktpreisen lassen.

Immer neue Feierschichten infolge des Wagenmangels.

WTB Essen, 12. Febr. Wegen Wagenmangel haben folgende Zechen Feierschichten eingelegt: **Am** 4. 2. Friedrich Ernestine, Mittags- und Nachtschicht, am 6. 2. Zeche Katharine und Herkules, am 7. 2. Zechenanlagen 1 und 2, 3 bis 5, und 6 und 9, Mittagsschicht, Zeche Zollverein, Carolus, Magnus Mittags- und Nachtschicht, am 9. 2. Zeche Heinrich-Dortmund.

WTB Dortmund, 12. Febr. In der verflossenen Woche haben wieder zahlreiche Zechen wegen Wagenmangel Feierschichten einlegen müssen. Im Dortmunder Bezirk mußten die Belegschaften folender Zechen feiern: Am 4. 2. Germania 2, Westhausen, Hamburg, am 7. 2. Erin und Hamburg, am 9. 2. Hamburg, Franziska, Erin (einhalbe Schicht), am 11. 2. Minister Stein, Hardenburg und Zollern 2.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 13. Febr.

Der Bezugspreis des S. V. beträgt vom 1. März an monatlich nur 2 Goldmark. Damit ist das S. V. die billigste Tageszeitung des Sauerlandes. Trotz dieser Preisermäßigung werden wir fortfahren an der weiteren Ausgestaltung des Blattes weiterzuarbeiten.

Die Geschäftsstelle des S. V.

Die Aufbau-Oberschule in Olpe.

Von Seminardirektor Frese.

Die Ungunst der Zeiten, in denen wir Deutsche leben, mag es erklärlich erscheinen lassen, daß hier und da Stimmen laut werden, die eine weitere Entwicklung der Aufbau-Oberschule als fraglich hinstellten. Wie grundlos solche Ansichten sind, beweist ein Ministerialerlaß vom 22. 1. 1924, nach dem nicht nur die bereits vorhandenen Klassen weiter ausgebaut werden, sondern auch völlig neue Anfangsklassen in anderen Städten genehmigt werden. In Westfalen erhält nunmehr auch **Arnsberg** eine Aufbauschule. Ostern 1924 werden wir 10 Aufbauschulen in Westfalen haben.

Die **Olper Aufbauschule** kann bereits auf eine zweijährige Tätigkeit zurückblicken. Die Schülerzahl in Untertertia beträgt zurzeit 23, in Obertertia 20. Von der Gesamtzahl der Schüler haben vor ihrer Aufnahme in die Aufbauschule besucht: 26 die Volksschule, 15 eine Rektoratschule und 2 ein Gymnasium. Dem Religionsbekenntnis nach sind 37 katholisch und 6 evangelisch. Aus der Stadt Olpe stammen 28, von auswärts kommen täglich 15 Schüler. — Der Stundenplan ist so eingerichtet, daß alle Schüler morgens zu Fuß oder mit der Bahn rechtzeitig zum Unterricht kommen und gegen 1 Uhr mittags wieder nach Hause gehen können.

Ostern 1924 bringt unserer Aufbauschule bereits die **Untersekunda.** Nach dem Lehrplan setzt in dieser Klasse die **zweite pflichtmäßige Fremdsprache** ein. Wo Englisch als erste Fremdsprache gewählt ist, wie das in Olpe der Fall ist, kann als zweite Fremdsprache eine romanische oder slawische Sprache oder Latein oder die Sprache des Grenzgebietes gelehrt werden. Soweit wir unterrichtet sind, gehen die Wünsche hier in Olpe auf **Latein** als zweite Fremdsprache. Es dürfte auch allgemein den örtlichen Verhältnissen und Belangen am besten gedient sein, wenn **Latein** in den Lehrplan aufgenommen wird. — Für die Aufnahme in die Anfangsklasse Untertertia zu Ostern d. Js. bittet die Schulleitung um möglichst frühzeitige Anmeldungen. (Siehe Inserat!)

** **Postanweisungen nach den Niederlanden und der Schweiz.** Vom 10. Februar an sind Postanweisungen sowie Sendungen mit Gebührenzettel nach den Niederlanden und Schweiz zugelassen.

* **Jugendliche Erwerbslose!** Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt hat unterm 7. Jan. cr. eine Verfügung erlassen, nach der fortbildungsschulpflichtigen Erwerbslosen, die die Fortbildungsschule versäumen, für jeden Tag der Versäumnis die Unterstützung entzogen werden soll.

)(**Schwerkriegsbeschädigte und Beamtenabbau.** Es ist das Gerücht verbreitet, das Schwerbeschädigtengesetz habe infolge der Bestimmungen der Personalabbauverordnung seine Geltung für die Behörden verloren. Dieses Gerücht ist unrichtig, im Gegenteil ist den Behörden ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden, bei der Durchführung des Personalabbaues die Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes genau zu beobachten. Alle Behörden sind nach wie vor verpflichtet, den vorgeschriebenen Hundertsatz von Schwerbeschädigten unter ihrem jeweiligen Personalbestande zu beschäftigen. Eine Entlassung kommt nur bei Schwerbeschädigten in Frage die über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus eingestellt worden sind; aber auch auf solche Schwerbeschädigte ist weitgehend Rücksicht zu nehmen. Ihre Entlassung ist erst in letzter Linie und nur dann auszusprechen, wenn die Notwendigkeit des Abbaues es zwingend erfordert.

!! **Attendorn,** 12. Febr. Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist die Ordensleitung des Franziskanerordens augenblicklich **nicht gewillt,** auf das Angebot der Stadt Attendorn zum Verkauf der städtischen Gebäudlichkeiten des freiern Franziskanerklosters **einzugehen.**

„" **Attendorn,** 12. Febr. Unter der Anklage des Landfriedensbruchs standen 18 Arbeiter aus Attendorn vor der Siegener Strafkammer. Sie hatten am 3., 7. und 8. November vorigen Jahres an Tumulten und Zusammenrottungen teilgenommen, in deren Verlauf eine Reihe von Geschäften geplündert wurden. Damals war Belagerungszustand, was für die Straftaten erschwerend ins Gewicht fällt. Die sämtlichen Angeklagten wurden auf frischer Tat ertappt und von der Schupo verhaftet. Sie haben die Untersuchung zum Teil im Sennelager bei Paderborn, zum Teil im Werler Zentralgefängnis zugebracht. Von den in diesen Tagen vernommenen 40 Zeugen sagten die meisten erschwerend für die Angeklagten aus. Es wurde schließlich folgendes Urteil verkündet: R. 6 Monate 1 Woche, S. 1 Jahr, L. 1 Jahr 6 Monate, K. 1 Jahr, B. 50 M., oder 5 Tage. D. 6 Monate, O. 7 Monate, W. 4 Monate, W. 4 Monate, K. 4 Monate, S. 9 Monate und M. 1 Monat. Fünf Angeklagten wurden freigesprochen.

Provinzielles

* **Hagen,** 12. Febr. Die hiesige Kriminalpolizei nahm einen erwerbslosen Konditor fest, der **falsche Geldzeichen der Reichsbank und der Reichseisenbahn über 10 und 20 Billionen anfertigte.** Zugleich wurden vier Personen verhaftet, die mit der Ausgabe der Scheine beschäftigt waren.

* **Osterfeld,** 10. Febr. In der Nacht zum Freitag brannte die Münsterschule in der Münsterstraße in Osterfeld nieder. Die in der Schule liegende belgische Garnison mußte infolgedessen zur Postwegschule verlegt werden. Bei dem Brande **explodierten etwa 80 000 Infanteriepatronen, die in einem Speicher der Schule** untergebracht waren.

Kunst und Wissenschaft

m. **Hagen,** 13. Febr. (Privatdrahtnachricht.) Die Intendanten der Stadttheater Münster und Hagen sind zu beauftragten Dozenten an der Wilhelmsuniversität Münster ernannt. Dr. Ph. **Max Krüger** wurde die erledigte Stelle des Theaterintendanten am Stadttheater in Freiburg übertragen.

Letzte Telegramme.

Verhaftet.

Berlin, 11. Febr. Gestern abend wurden nach der Vossischen Zeitung der Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der Universität Dr. phil. Friedrich Koß, auf Veranlassung der Universität verhaftet worden. Er wird beschuldigt, Unterschlagungen begangen zu haben.

Offene Schweizer Worte über die Anmaßungen der Separatisten.

Bern, 12. Febr. (Drahtnachricht.) Zu der von Havas verbreiteten Meldung, daß die Liga für rheinisch-westfälische Unabhängigkeit, deren Führer Matthes ist, den Rechtsanwalt Paul Kaues in Genf mit der Vertretung der die rheinische Frage berührenden Probleme beim Völkerbund betraut habe, schreibt die **Züricher Post,** man werde annehmen, daß die Instanzen des Völkerbundes nicht zugeben werden, auf diese **Anmaßung der rheinischen Separatisten eine Antwort zu geben.** Niemand könne natürlich den Separatisten verwehren, daß sie einen Advokaten beauftragen den Völkerbund mit Protesten und dergleichen zu bestürmen. Aber **Sache des Völkerbundes sei es, zu erklären, daß die rheinischen Separatisten beim Völkerbund nichts zu suchen hätten.**

Der **Berner Bund** bemerkt zu der Havasmeldung über die Stellung eines Genfer Vertretres des Separatisten für die Liga für die rheinisch-westfälische Unabhängigkeitsbewegung beim Völkerbund, daß **Deutschland den Völkerbund nicht angehört** und daß die **separatistische Bewegung** im Rheinlande selbst in Poincares Note als **innerdeutsche Angelegenheit** dargelegt wurde, daß **auch der Völkerbund dieses Unrecht nicht zulassen könnte.** Die **Regelung** dieser Angelegenheit würde auch nach Auffassung der englischen Regierung der **Regierung Deutschlands** überlassen bleiben.

* Der Berner Bund und die Züricher Post haben ganz recht. Im übrigen würde sich der Völkerbund durch die Zulassung eines Vertreters der Matthes und Genossen-partei selbst kompromittieren.

„Gemütlicher" Empfang.

WTB Hamburg, 12. Febr. (Drahtbericht.) Die am Montag mit einem dänischen Dampfer hier eingetroffenen **deutschen Seeleute, die in England gestreikt** hatten, und soweit es sich um **Besatzungen Hamburger Schiffe** handelte, wurden **in einem summarischen Verfahren abgeurteilt. Sofort beim Anlandgehen** wurden die **Seeleute,** nachdem die Personalien festgestellt waren, **zur Navigationsschule gebracht, wo das Gericht tagte.** Die verhängten **Strafen** schwanken zwischen **2 und 4 Wochen Gefängnis,** jedoch ist eine **2jährige Bewährungsfrist zugelassen. Die nicht in Hamburg beheimateten Besatzungen von Schiffen wurden den Heimatbehörden überwiesen.**

Französischer Ministerrat.

WTB Paris, 12. Febr. (Drahtbericht.) Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz Poincares ein Ministerrat statt, der sich mit den laufenden Angelegenheiten beschäftigte. Der Landwirtschaftsminister erklärte, daß die Regierung nicht die Absicht habe, die Herstellung von Luxusbrot (gemeint ist hier sicher das in Pariser feinen Familien sehr gern gegessene ganz feine Weizenbrot und die feinen Bisquits) zu verbieten, da dies möglichermeise eine Preissteigerung für das gewöhnliche Brot zur Folge haben würde.

Der Rücktritt des amerikanischen Marinesekretärs gefordert.

WTB Washington, 13. Febr. (Funkspruch.) Der Senat hat eine Resolution angenommen, in welcher im Zusammenhang mit dem Petroleumskandal der Rücktritt des Marinesekretärs Dandy gefordert wird.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

FERTIGE BETTEN

Bettbarchent — echt türkisch rot — garant. federndicht
Füllkräftige Federn und Daunen
Bettdamast, Bettsiamosen, Bettkattun
MATRATZENDRELL

Altbekannte beste Qualität. —— Aeusserst günstige Preise. —— Zuverlässige Bedienung.

Fernsprecher 294 **JOS. JUNKER, OLPE,** Westfälische Str. 42-44

Die grosse
Operetten-Woche
ab Freitag
in den
KAISERHOF-LICHTSPIELEN

Breitdrescht-maschinen,
neuester Construktion, Benzol u. Rohölmotoren verkaufen billig ab Lager
Gebr. Kremer
Maschinenfabrik,
Kickenbach w130
b. Attenhundem
Tel. 98 Amt Kirchhundem

Geldschränke und Einmauerschränke
(Fabrikat Pelz)
empfiehlt
Heinrich Clemens, Olpe i. W.
Winterbergstr. 4 Telephon 272
W 31

Statt Karten.
Die glückliche Geburt eines prächtigen
Mädchens
zeigen hocherfreut an
Heinrich Clemens und Frau
Auguste geb. Teile
Olpe, den 11. Februar 1924. (†401)

Einladung.
Am 17. Februar 1924, vorm. 11¼ Uhr, findet im Gasthof „Zur Brücke" hierselbst die
dritte ordentliche Generalversammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die von ihm vorgenommene Revision.
3. Vorlage und Genehmigung der Bilanz und Entlastungserteilung des Vorstandes.
4. Beschlußfassung über Verteilung von Gewinn und Verlust.
5. Verschiedenes.

Die Bilanz liegt vom 10. bis 17. Februar beim Geschäftsführer zur Einsicht der Mitglieder aus. (†400)
Gemeinnütziger Bauverein e. G. m. b. H., Drolshagen i. W.
Der Vorstand.

Wir haben unsere
Vertretung für Attenhundem
neu zu besetzen. Herren mit sehr guten Beziehungen, die sich persönlich der Ausbreitung des Geschäftes widmen wollen, bitten wir um Einreichung ihrer Bewerbung. (†403)
Hamburg-Bremer Feuer-Versicherung Dortmund, Grafenhof

Platting, Gold u. Silber.
Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zum höchsten Tagespreis
Otto Scherer, Attendorn,
(†52) Wasserstr. 10.



Todes-Anzeige.
Montag nachmittag gegen 4 Uhr hat der liebe Gott meine unvergeßliche Tochter und unsere gute Schwester
Maria Elisabeth Berg
im Alter von 14½ Jahren, nach langem schwerem Leiden, fromm versehen mit den hl. Sterbesakramenten in ein besseres Jenseits abberufen.
Mit der Bitte um stille Teilnahme geben dieses Freunden und Bekannten kund
Belmicke, den 12. Februar 1924,
Anton Berg und Kinder.

Die Beerdigung findet statt zu Belmicke am Freitag, den 15. Februar, morgens 8½ Uhr, danach anschließend sind um 9 Uhr die feierlichen Exequien in der dortigen Pfarrkirche. (†407)

Steuerzuschlag.
Der gemeindliche Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer beträgt gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 7. ds. Mts. für Februar und März 1924 je
100 v. H.
Olpe, den 11. Februar 1924. (†402)
Der Bürgermeister
Sommerhoff.

Margarine.
Eins der größten Werke sucht für Olpe und Umgegend einen bei der einschlägigen Kundschaft bestens eingeführten
Vertreter.
Gefl. Angebote u. F B. 3911 an (†404
G. Geerkens, Ann.-Exp., Hagen i. W.

Ihr Bruch
wird immer größer, wenn Sie das lästige und unbequeme Federbruchband oder ein Gummiband tragen. Beim Tragen eines schlechtsitzenden Bandes verschlimmert sich das Leiden und kann zur Todesursache werden. Es entsteht oft Brucheinklemmung, welche operiert werden muß und oft den Tod zur Folge hat. Tragen Sie daher meine ges. gesch. **Special-Bandage,** Garantie für tadellos passenden, äußerst bequemen Sitz auch in schwersten Fällen. Kostenlose Sprechstunden in Olpe Freitag, den 15. Februar von 9—12 Uhr im Hotel Kaiserhof Attenhundem 15. Februar von 3½—5½ Uhr im Hotel Hufnagel. (†386
A. Kaufing, Special-Bandagist für Unterleibsbrüche, Homburg (Saar).

Günstiges Angebot in Bettfedern!

	Goldmk.
Graue Federn Pfd.	1,80
„	2,70
Halbweiße Halbdaune „	3,65
Weiße Halbdaune „	4,75
Weiße Halbdaune „	5,90
Weiße Halbdaune „	8,20
Weiße Daunen „	12,80

Bettbarchent, prima

160	80	cm	breit
5,50	2,75	Mark	

Karl Hammer,
Attendorn, Telefon 131.

Buchhalter,
der an selbständige Arbeit gewöhnt und mit doppelter und einfacher Buchführung vertraut ist, für sofort oder später nach Olpe gesucht.
Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr. †408 an die Geschäftsstelle ds. Bls. erbeten.

Gute, weiße
Milchziege
(hornlos), zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bls.

K. B.
Heute, Mittwoch abend 8¼ Uhr Vereinslokal.

Ein Inserat im, **SB** hat stets Erfolg